

Das Wort ergreifen – Zur Verantwortung der DFG für die nationale und internationale Resilienz von Wissenschaft

Rede der Präsidentin der Deutschen Forschungsgemeinschaft
Professorin Dr. Katja Becker
anlässlich der Konferenz „Resilienz des deutschen Wissenschafts-
systems – Verantwortung gemeinsam übernehmen“ am 8. Juli
2026 im Plenarsaal des Brandenburger Landtags, Potsdam



Sehr geehrte Frau Präsidentin Liedtke,
sehr geehrte Frau Bundesministerin Bär,
sehr geehrte Frau Ministerin Schüle und sehr geehrte Frau Ministerin Olschowski,
lieber Herr Wick,
liebe Frau Brosius-Gersdorf,
lieber Herr Edenhofer,
verehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Einladung. Wie dringlich es ist, im Austausch über die Resilienz des Wissenschaftssystems zu bleiben, haben wir gerade hören können. Liebe Frau Brosius-Gersdorf, lieber Herr Edenhofer, herzlichen Dank für Ihre ebenso anschaulichen wie eindringlichen Berichte. Angesichts Ihrer Schilderungen und überhaupt angesichts der Angriffe und Zumutungen, denen Wissenschaftler*innen und Wissenschaftsorganisationen dieser Tage in zunehmendem Maße ausgesetzt sind, wird auf zum Teil schmerzhaft Art klar, was das Gebot der Stunde ist: Wir alle müssen jeglichen Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit geschlossen

und entschlossen entgegentreten. Wie bereits der Titel dieser Veranstaltung nahelegt, ist genau dies die Verantwortung, die wir gemeinsam tragen.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft steht mit ihrem Förderhandeln uneingeschränkt und unmissverständlich für eine freie, exzellente Wissenschaft ein. Seit Jahrzehnten fördert die DFG wissenschaftsgeleitet und themenoffen Spitzenforschung. Mit ihrem Anspruch, das Wissenschaftssystem insgesamt mitzugestalten, neue Forschungsfelder zu erschließen und auf die Wissenschaftsfreundlichkeit zentraler politischer Rahmenbedingungen hinzuwirken, nimmt die DFG eine signifikante systemische Perspektive zwischen individuellen Forscher*innen, Forschungsinstitutionen, der Politik und der Gesellschaft ein.

Die DFG verwaltet also nicht einfach nur eine sehr, sehr große Menge an Forschungsanträgen, sie übernimmt auch substanzielle systemische Verantwortung für die Resilienz des Wissenschaftssystems. Oft tut sie dies, indem sie explizit, entschieden und gut hörbar das Wort für die deutsche und internationale Wissenschaft in politischen und öffentlichen Räumen ergreift.

Die DFG hat dies just diese Woche bewiesen. Gerade vorgestern, am 6. Juli 2026, haben wir ein Positionspapier veröffentlicht, das die Senatsarbeitsgruppe „Resilienz in der Wissenschaft“ über das letzte Jahr hinweg erarbeitet hat. Das Papier analysiert, wie das deutsche Wissenschaftssystem sich gegen politische Ein- und Übergriffe wappnen kann. Es skizziert Verwundbarkeiten des Systems und entwickelt zielgruppenspezifische Maßnahmen zur Stärkung der politischen, juristischen und institutionellen Resilienz.

Eine vierte Form der Resilienz – nämlich infrastrukturelle Resilienz – hat dieselbe Senatsarbeitsgruppe in einer weiteren Stellungnahme erarbeitet: Hier spricht sich die DFG für eine dauerhafte Förderung von Forschungsdateninfrastrukturen als einem festen Element der staatlichen Daseinsvorsorge aus, um die infrastrukturelle Resilienz im deutschen Wissenschaftssystem zu stärken.

Denn der Zugang zu wissenschaftlichen Daten ist eine wesentliche Ressource freier Wissenschaft, die verlässlich gewährleistet werden muss. Zugleich sind Forschungsdaten international massiv gefährdet. Cyberangriffe, institutionelle Krisen, ideologisch motivierte Förderentscheidungen sowie geopolitische Spannungen können zur Manipulation von Daten oder auch zu Datenverlust führen. Digitale Souveränität, wie sie die NFDI oder die European Open Science Cloud anstreben, ist daher auch für die Forschung ein wesentlicher Erfolgsfaktor.

Aus diesem Grund investiert die DFG mit einer neuen Förderinitiative für die Sicherung gefährdeter Datenbestände und zur Datenresilienz in die materiellen Grundlagen eines resilienten Forschungsbetriebs. Ziele sind die Sicherung gefährdeter Datenbestände, der Aufbau von

technischen und organisatorischen Redundanzen sowie die Einbindung in nationale und europäische Netzwerke.

Internationales

Mit diesen Maßnahmen zur infrastrukturellen Resilienz begegnet die DFG aktiv den globalen Auswirkungen von – man kann es leider nicht anders nennen – verantwortungsloser Wissenschaftspolitik, wie sie zuletzt vor allem durch die derzeitige US-amerikanische Administration betrieben wurde. Es ist ein gutes Zeichen, dass wir es hier in Deutschland innerhalb des letzten Jahres geschafft haben, durch ein Zusammenwirken von Politik und Wissenschaftsorganisationen auch global Handlungsfähigkeit zu beweisen – nicht zuletzt auch durch das 1.000-Köpfe-Plus-Programm, das die DFG zusammen mit der Alexander von Humboldt-Stiftung und dem Deutschen Akademischen Austauschdienst erfolgreich administriert.

Für die DFG sind internationale Zusammenarbeit, wissenschaftliche Mobilität und der grenzüberschreitende Austausch von Wissen unverhandelbare Elemente von wissenschaftlicher Qualität. Die zugrunde liegende Überzeugung ist dabei, dass eine freie Wissenschaft immer auch eine internationale Wissenschaft ist, weil Wissen nicht der Logik nationaler Grenzen folgt. Dadurch trägt die grenzüberschreitende Qualität wissenschaftlicher Erkenntnissuche zugleich signifikant zur globalen Verständigung bei.

Offenheit und Sicherheit der Forschung müssen dabei bestmöglich ausbalanciert werden – und zwar nach dem Prinzip ‚so offen wie möglich, so geschlossen wie nötig‘. Die DFG engagiert sich deshalb für die Nationale Plattform für Forschungssicherheit, die ab 2027 Wissenschaftseinrichtungen dabei unterstützen soll, Risiken in internationalen Kooperationen frühzeitig zu erkennen und fundiert zu bewerten. Damit soll ein verantwortungsvolles De-Risking ermöglicht werden.

Gerade angesichts der massiven geopolitischen Krisen benötigen wir diese koordinierten Informations- und Beratungsangebote, um uns bestmöglich informiert, sicher und selbstbewusst in und für internationale Forschungsnetzwerke zu engagieren. Denn De-Coupling und die daraus folgende Isolation können keine Ziele sein. Im Gegenteil: Nach wie vor besteht der richtige Weg, um auf die zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu reagieren, darin, den freiheitlichen Rahmen für wissenschaftliches Handeln weltweit zu schützen und dadurch zugleich das demokratische Handeln zu stärken. Und damit eben auch: in verantwortungsbewusster Science Diplomacy.

Lassen Sie mich einige Beispiele dafür nennen, wie die DFG eine ausbalancierte Wissenschaftsdiplomatie und diversifizierte internationale Kooperationen praktiziert:

Die wichtigste Basis unseres wissenschaftsdiplomatischen Agierens im Kontext der zunehmenden geopolitischen Spannungen ist die Zusammenarbeit in Europa. Daher hat die DFG gemeinsam mit der Hochschulrektorenkonferenz und dem Wissenschaftsrat ein Konzept für ein neues Förderinstrument zur Stärkung europäischer Exzellenznetzwerke entwickelt: Nexus – Networks of Excellence. Walter Rosenthal (HRK), Wolfgang Wick (WR) und ich haben dieses Konzept im März im Rahmen einer Abendveranstaltung in Brüssel vorgestellt und veröffentlicht. Mit Nexus wollen wir bis zu 20 europäische Exzellenznetzwerke über einen Zeitraum von sieben Jahren fördern.

Das Nexus-Projekt ist Teil unseres Engagements für eine wissenschaftsgeleitete EU-Forschungs- und Innovationspolitik. In den derzeit laufenden Verhandlungen für das nächste Rahmenprogramm für Forschung und Innovation hat sich die DFG vor allem für eine Budgeterhöhung und für die programmatische Unabhängigkeit des Programms vom geplanten Europäischen Wettbewerbsfond (ECF) eingesetzt. Forschungspolitische Governance muss weiterhin an wissenschaftlichen Kriterien und Exzellenz ausgerichtet sein. Die Autonomie des European Research Council muss erhalten bleiben.

Ein weiterer Aspekt unserer europäischen Verantwortung ist die Unterstützung von Wissenschaftler*innen in der Ukraine. Seit 2015 unterstützt die DFG aus ihren Heimatländern geflüchtete Forscher*innen durch ein Sonderprogramm, das wir aktuell bis 2028 verlängert haben.

An der Kooperation mit unseren israelischen Partnerorganisationen halten wir trotz der besorgniserregenden Lage im Nahen Osten aus wissenschaftsgeleiteter Überzeugung fest. Denn kritische Stimmen gegen das Regierungshandeln vor Ort kommen auch aus der israelischen Wissenschaft. Wir unterstützen dabei bewusst Initiativen aus Israel und den arabischen Ländern der MENA-Region zur Entwicklung wissenschaftlicher Dialogformate zwischen Konfliktparteien.

Die Beziehung zur US-amerikanischen Wissenschaft fordert uns derzeit besonders stark heraus. Denn das US-Wissenschaftssystem – traditionell einer unserer wichtigsten Partner – befindet sich weiterhin in einer Phase erheblicher Politisierung, struktureller Umbrüche, massiver Kürzungen von Fördergeldern bis hin zur Abschaffung bestimmter Förderprogramme und etablierter Governance-Strukturen. Gleichzeitig bilden sich innerhalb des US-Wissenschaftssystems mittlerweile Gegenkräfte heraus, die zumindest punktuell stabilisierend wirken. Der Selbstbehauptungswille des US-Wissenschaftssystems macht Mut. Deshalb ist es für uns wichtiger denn je, bestehende Kontakte und Gesprächskanäle in den USA zu bewahren und immer wieder für den Wert erkenntnisgeleiteter Forschung einzustehen.

Äußerst anspruchsvoll gestalten sich auch die Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit mit China – etwa mit Blick auf regulatorische Fragen der Datengesetzgebung. Zur Bewältigung großer Herausforderungen ist es jedoch zentral, tragfähige Kooperationen zu gestalten. Selbst aus sicherheitspolitischen Erwägungen sind vertrauensvolle institutionelle und individuelle Kontakte für eine verlässliche, transparente Gestaltung der Zusammenarbeit essenziell.

Um Vertrauen und gemeinsame Standards in der internationalen Wissenschaftskooperation sicherzustellen und Wirkfelder für Science Diplomacy zu erschließen, engagiert sich die DFG weiterhin im Global Research Council (GRC). Gemeinsam mit unserer südafrikanischen Partnerorganisation NRF werden wir im nächsten Jahr das GRC-Jahrestreffen zum Thema „*Curiosity-driven Research*“ in Kapstadt ausrichten. Erkenntnisgeleitete Forschung soll hier nicht als Privileg gut finanzierter Systeme positioniert werden, sondern unter anderem auch als Grundlage wissenschaftlicher Autonomie, Resilienz und als weltweiter Motor für Forschung und zivilgesellschaftliche Entwicklung.

Wissenschaftskommunikation

Denn dank der Prinzipien von autonomer Themensetzung und wissenschaftsgeleiteter Förderung kann Wissenschaft ihren elementaren Beitrag zu gesellschaftlichem Fortschritt beisteuern. Schließlich kann nur eine freie Wissenschaft ergebnisoffen und methodengesichert Fakten und Wissen zum gesellschaftlichen Fortschritt beitragen.

Diese enge symbiotische Verflechtung von freier Wissenschaft und demokratischer Gesellschaft ist ohne Zweifel ein großes Gut! Sie offenbart momentan allerdings auch eine Kehrseite: Denn wer die Wissenschaftsfreiheit bedroht, bedroht zugleich auch die demokratische Freiheit. Schon in meiner Rede zur DFG-Jahresversammlung vor einer Woche habe ich betont, dass die Wissenschaftsfreiheit weit mehr schützt als nur Forschung und Lehre. Sie ist auch die Bedingung einer freien öffentlichen Debatte, die nicht lediglich Behauptungen und Meinungen folgt, sondern sich an rationalen Argumenten orientiert und gesicherte Fakten als Basis hat.

Deshalb ist Wissenschaftsfreiheit in Artikel fünf des Grundgesetzes der Bundesrepublik verbrieft – in unmittelbarer Nähe zur Kunstfreiheit, zur Meinungsfreiheit und nicht von ungefähr auch zur Pressefreiheit.

Denn Wissenschaft und Medien sind aufeinander angewiesen, um einerseits Inhalte und Formen öffentlicher Debatten zu prägen und andererseits eine gesellschaftliche Offenheit für wissenschaftliche Erkenntnisse zu gewährleisten. Der Wissenschaftskommunikation kommt dabei eine ebenso lohnende wie anspruchsvolle Vermittlungsfunktion zu: Zum einen muss sie

wissenschaftliche Ergebnisse nachvollziehbar darstellen. Zum anderen muss sie berücksichtigen, dass Wissenschaft ein ergebnisoffener Prozess ist: Forschung lebt von internem, methodisch gesichert ausgetragendem Dissens. Wissenschaftlich generiertes Wissen ist nicht ein für alle Mal gültig, sondern per se falsifizierbar. Wissenschaft stellt also keine Behauptungen für die Ewigkeit auf, sondern sie produziert kontextuell situierte und methodisch stichfeste Fakten, die für zukünftigen Fortschritt offenbleiben.

Am besten lässt sich die Komplexität der wissenschaftlichen Perspektive im unmittelbaren Gespräch kommunizieren. Deshalb hat die DFG gemeinsam mit der HRK, der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften sowie der Akademienunion die Dialogreihe „Wissenschaft – und ich?!“ ins Leben gerufen, um auf städtischen Plätzen das persönliche Gespräch über Wissenschaft zu beleben – auch und gerade zwischen Menschen, die sich im alltäglichen Leben womöglich eher selten begegnen. Unter anderem haben Veranstaltungen der inzwischen von Wissenschaft im Dialog organisierten Reihe in Brandenburg an der Havel, in Potsdam und in Berlin stattgefunden. Ich habe dabei gelernt, wie wichtig gerade der persönliche Kontakt ist, auch weil klassische Formate der Wissenschaftskommunikation viele Menschen nicht erreichen.

Für all diese Aktivitäten werden wir weiterhin gefordert sein, Verantwortung zu übernehmen. Wir müssen weiterhin – und womöglich noch lauter und emphatischer – das Wort ergreifen, auch für Widerspruch. Wo die Prinzipien wissenschaftsgeleiteter Forschungsförderung angegriffen werden, bietet die DFG Antworten – und fordert diese, wo verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen gefährdet werden, auch von der Politik ein.

Lassen Sie uns unsere gemeinsame Verantwortung für eine freie Wissenschaft weiterhin zuversichtlich, pragmatisch und solidarisch gestalten!

Vielen Dank.